

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

29 (3.2.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 63, Chefredakteur: Willy Grimm, Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

**Volkszeitung**  
für  
**Baden**

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM --,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

**Aus dem Inhalt:**

Die Hintermänner  
Atlantikpakt-Lieferungen —  
ohne das Volk  
Beachten Sie in unserer  
Samstag-Ausgabe unseren  
neuen Roman  
„Die Goldene Kugel“

Jahrgang 5 / Nr. 29

Freitag, 3. Februar 1950

Preis 15 Pf.

## Deutsche Jugend durch Rekrutierungs-Agenten bedroht

KPD-Bundestagsaktion fordert Aufschluß von Regierung über die Söldnerwerbung für fremde Armeen in Westdeutschland

**Bonn. (EB)** Nach ausländischen Pressemeldungen werden monatlich 2000 bis 2500 junge Deutsche für den Söldnerdienst in fremden Armeen angeworben. Wenn dies der Fall ist, dann sind ausländische Agenturen in Westdeutschland zur Rekrutierung tätig. Die kommunistische Fraktion im Bundestag hat unter Darlegung der entsprechenden Presseveröffentlichungen von der Bundesregierung Aufschluß und Stellungnahme über diesen skandalösen Zustand gefordert.

Die Anfrage der kommunistischen Bundestagsfraktion lautet: Das „Essener Tageblatt“ hat in seiner Nummer vom 30. Januar 1950 unter dem Titel

„Deutsche Rekruten für 6 Länder“  
Oberkommission billigte Anwerbung —  
Agenten verpflichten monatlich 2000  
junge Deutsche

die nachstehende Meldung gebracht:

„Zürich, 29. Januar. Ein aufsehenerregender Bericht der „Luzerner Neuesten Nachrichten“ stellt fest, daß Agenten aus sechs Ländern monatlich 2000—2500 junge Deutsche zum Waffendienst anwerben. Deutsche Vorschläge, die Anwerbung von Deutschen für fremden Kriegsdienst zu verbieten, sind durch die Oberkommission abgelehnt worden.

Das Schweizer Blatt stellt fest, daß nach dieser Weigerung der Oberkommission, die Söldnerwerbung für fremde Armeen, in erster Linie für die französische Fremdenlegion, dann aber auch für militärische Zwecke amerikanischer und asiatischer, hauptsächlich arabischer Staaten, in Westdeutschland ungehindert weitergehen könne.

Das Blatt macht auf den Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches aufmerksam, durch den ausländische Söldnerwerbung ausdrücklich verboten wurde. Dieser Paragraph sei jedoch durch eine Kontrollratsverordnung außer Kraft gesetzt worden.

Neben den französischen Werbemännern wirken auf dem Boden der Bundesrepublik

mindestens noch Agenten von sechs anderen Staaten. Darunter befänden sich auch spanische und argentinische Vertreter. Während 1945/46 noch zahlreiche Abenteuerer, Landsknechtenaturen und kriminelle Elemente in den Dienst unter fremder Fahne eingetreten seien, handle es sich jetzt meist um Erwerbslose und Volksdeutsche aus dem Osten, die in besonders elenden Verhältnissen lebten und die Hoffnung auf eine menschenwürdige Existenz aufgegeben hätten.“

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag über folgende Fragen Auskunft zu erteilen:

1. Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, und für welche ausländischen Armeen diese Anwerbung von deutschen Söldnern durchgeführt wird?

2. Sind deutsche Arbeitsstellen und Organisationen an dieser Söldnerwerbung beteiligt?

3. Ist der Bundesregierung die Zahl der durch diese Agenten im Bundesgebiet bisher für den Waffendienst in ausländischen Armeen angeworbenen Deutschen bekannt?

4. Hat die Hohe Kommission die Söldnerwerbung von Deutschen im Gebiet der Bundesrepublik für ausländische Armeen erlaubt?

5. Ist es wahr, daß die Bundesregierung mit der Hohen Kommission Verhandlungen geführt hat, um das Recht zu erhalten, diese Anwerbung von Deutschen in dem Gebiet der Bundesrepublik unmöglich zu machen und unter Strafverfolgung zu stellen?

6. Ist es wahr, daß dahin zielende Bestrebungen der Bundesregierung von der Hohen Kommission abgelehnt worden sind?

7. Warum hat die Bundesregierung es unterlassen den Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit von diesem Tatbestand in Kenntnis zu setzen?

**100 Mark Besatzungskosten pro Kopf**

**Stuttgart. EB.** Der Finanzberater des Landeskommisariats für Württemberg-Baden gab auf Grund von Unterlagen des Finanzministeriums einen Überblick über die Einnahmen des Landes in den ersten neun Monaten des laufenden Haushaltsjahres von 1. April bis 31. Dezember. Sie betragen in dieser Zeit 1167 Mill. DM. Die Besatzungskosten bzw. Besatzungsfolgekosten beliefen sich im selben Zeitraum auf 270 Mill. DM, das sind rund 80 DM pro Kopf der Bevölkerung in neun Monaten oder über 100 DM pro Kopf in einem Jahr.

## Regierung gegen fortschrittliche Sozialversicherung

Erstes „Sozialgesetz“ der Bonner Regierung reaktionärer als zu Bismarcks Zeiten

**Bonn. (EB)** Wenn sich die Arbeiterschaft nicht dagegen wehrt, wird ihr die soziale Reaktion einen Wechsel vorlegen, den sie allein bezahlen muß. Dies stellte der kommunistische Abg. Oskar Müller in der Debatte um einen Regierungsentwurf fest, der sich kühn „Gesetz zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung“ nennt. Diese Vorlage hat die Tendenz den Kampf der Unternehmer gegen eine fortschrittliche soziale Gesetzgebung in der Frage der Selbstverwaltung zu unterstützen. Mit welchem Recht verlangt man in dem Gesetzentwurf den gleichen Anteil, an Unternehmerstimmen in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung? fragte Oskar Müller. Vor allem, wenn man unter Berufung auf die sogenannten Arbeitgeberanteile vertritt.

Diese „Arbeitgeberanteile“ sind vom Unternehmer dem Arbeiter entzogene Lohnanteile, die sich der Arbeiter mühselig erarbeitet hat.

Der Regierungsentwurf des Kabinetts Adenauer gehe noch hinter die Sozialgesetzgebung Bismarcks zurück, die die Aufgabe hatte der aufstrebenden Arbeiter-

bewegung einen Damm entgegenzusetzen, fuhr Oskar Müller fort. Dem Kabinetts Adenauer bleibe es vorbehalten, erkaufte Rechte der Arbeiter wieder rückgängig zu machen. Daß zur Unterstützung dieser reaktionären Regierung sich ein christlicher Gewerkschaftssekretär, wie der ehemalige Arbeitsminister von Hessen, Arndt (CDU) ebenso bereit findet, wie das Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg - Nürnberg (MAN) Dr. Wellhausen (FDP) sei besonders traurig. (Beide hatten sich besonders für den Entwurf der Millionärsgesetzgebung eingesetzt und die Sozialgesetzgebung in der Deutschen Demokratischen Republik herabzusetzen versucht.)

Dem gegenüber stellte Oskar Müller fest, daß auch viele christliche Gewerkschaftler die Sozialversicherung in der Deutschen Demokratischen Republik als vorbildlich bezeichnet hätten. Die Forderung nach Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung müsse nach wie vor das Kampfprogramm aller fortschrittlichen Kräfte sein. Eine Steigerung der Leistungen und eine Herabsetzung der Verwaltungskosten werde mit der Vereinheitlichung erreicht. Der Versuch der Unternehmer, sich durch den Gesetzentwurf des Kabinetts Adenauer weitere unerhörte Vorteile zu verschaffen, muß in den Betrieben und von den Gewerkschaften abgelehnt werden. Der Kampf aller Schaffenden muß Kurs nehmen auf eine einheitliche Sozialversicherung, die den wohlverworbenen Rechten der Werktätigen entspricht.

Der sozialdemokratische Abg. Richter wandte sich ebenfalls entschieden gegen den Regierungsentwurf und forderte, daß wie vor 1933 die Arbeiter mit zwei Drittel und der Unternehmer nur mit einem Drittel Stimmen an der Selbstverwaltung beteiligt sein müßten.

## Gewaltige Kundgebung für Pressefreiheit in Berlin

Der Hauptangeklagte im Demontageprozess sprach auf der Kundgebung der deutschen Presse / Freiheit der Presse wird in Westdeutschland mit Füßen getreten

**Berlin. (EB)** Zu einer gewaltigen Protestdemonstration gegen den britischen Demontageprozess in Hannover gestaltete sich die vom Verband der deutschen Presse einberufene öffentliche Kundgebung im „Haus Vaterland“ in Berlin. Auf der Kundgebung sprach der Hauptangeklagte des Schauprozesses in Hannover, der Chefredakteur der von den britischen Besatzungsbehörden verbotenen „Niedersächsischen Volksstimme“, Werner Sterzenbach, das Mitglied des Vorstandes des VDP, Chefredakteur Wilhelm Ackermann und der bekannte Publizist Albert Norden.

Über tausend Journalisten der in- und ausländischen Presse, Männer, Frauen und Jugendliche brachten dem Chefredakteur der „Niedersächsischen Volksstimme“ langanhaltende Ovationen dar. Werner Sterzenbach überbrachte der Kundgebung die Grüße der westdeutschen fortschrittlichen Journalisten und insbesondere seiner Mitangeklagten im Hannoverischen Schauprozess. Sterzenbach schilderte eingehend, wie es zu dem Demontageprozess in Hannover gekommen war und berichtete dann von der Knebelung der fortschrittlichen Presse in Westdeutschland durch das Gesetz Nr. 5, das einzig dazu dient, die demokratische Presse mundtot zu machen. Der Prozessverlauf, sagte Sterzenbach, habe erwiesen, daß die Freiheit der Presse in Westdeutschland mit Füßen getreten wird und die britischen Militär-Behörden nichts

unversucht lassen, die Stimme des deutschen Volkes zu ersticken.

Unter stürmischem Beifall der Kundgebungs-Teilnehmer rief Sterzenbach aus: „Wir werden den Kampf um die Pressefreiheit in Westdeutschland mit allen demokratischen Mitteln weiter fortführen und in Wort und Schrift die Rechte der westdeutschen Arbeiterschaft auf Erhaltung ihrer Arbeitsplätze verteidigen.“

Das Vorstandsmitglied des Verbandes der deutschen Presse, Wilhelm Ackermann, stellte anschließend fest, daß das Gesetz Nr. 5 nichts anderes als Kautschuk-Begriffe enthalte, die von den westalliierten Gesetzgebern beliebig angewendet werden können. Dieses „Gesetz“ richtet sich nicht nur gegen die fortschrittliche Presse, sondern greife tief in das gesamte gesellschaftliche

Leben und die Rechte der westdeutschen Bevölkerung ein.

„Auf die Anklagebank in Hannover gehören nicht die sieben Arbeiter-Funktionäre und Redakteure der „Niedersächsischen Volksstimme“, sondern die Ankläger selbst“, rief der bekannte Publizist Albert Norden unter anhaltendem Beifall der Kundgebungs-Teilnehmer aus. Norden machte die im Dienste des anglo-amerikanischen Imperialismus stehende Presse in Westdeutschland dafür verantwortlich, daß sie mitschuldig am wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in einem Teil Deutschlands sei.

## Bielefelder Streik gegen ein Schandurteil

30 000 Arbeiter demonstrierten und forderten wirkliche Bestrafung der Gestapohenker Kaufmann und Rethemeier, die zwölf Antifaschisten auf Schafott schickten

**Bielefeld. (Nach dpa und EB).** Die Werktätigen Bielefelds führten gegen das Schandurteil, das vom Schwurgericht im Prozess gegen die ehemaligen Bielefelder Gestapobeamten Kaufmann und Rethemeier gefällt wurde, einen einmütigen Proteststreik durch. Zu der von den Gewerkschaften einberufenen Protestkundgebung hatten sich 30 000 Arbeiter eingefunden.

Auf dem Marsch von den Betrieben zum Kundgebungsplatz führte die Arbeiter Galgen mit, an denen Puppen hingen, womit zum Ausdruck gebracht wurde, welches Urteil für die beiden Gestapohenker fällig gewesen wäre, die zwölf Antifaschisten auf Schafott geschickt und ihren Opfern insgesamt 350 Jahre Zuchthaus verschafft hatten.

Der frühere Gestaposekretär Karl Kaufmann wurde zu nur einhalb Jahren

Zuchthaus wegen Aussageverweigerung unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Das Verfahren gegen den Gestapo-Assistenten Otto Rethemeier wurde sogar unter Berufung auf das Amnestiegesetz eingestellt.

Nach der riesigen Protestkundgebung formierte sich ein Demonstrationzug, der vor das Bielefelder Schwurgericht zog. Die Oberstaatsanwaltschaft teilte einer Delegation der Demonstranten mit, daß sie gegen das Urteil Revision beim Obergericht in Köln eingelegt habe.

## Deutschlandtreffen findet weltweiten Widerhall

Erich Honecker über die Tagung des Weltjugendbundes

**Berlin.** Das Deutschlandtreffen der Jugend, das zu Pfingsten 1950 in Berlin stattfinden wird, habe in allen demokratischen Ländern großen Widerhall gefunden, erklärte Erich Honecker, Vorsitzender der Freien Deutschen Jugend, auf einer Pressekonferenz. Bis jetzt haben Jugendorganisationen aus der Sowjetunion, China, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Italien, Oesterreich, Griechenland, dem republikanischen Spanien und den skandinavischen Ländern die Teilnahme von Delegierten zugesagt.

E. Honecker berichtete auf der Pressekonferenz über die Tagung des Exekutivkomitees des Weltbundes der demokratischen Jugend in Bukarest, an der er teilgenommen hatte. Die Tagung beschäftigte sich hauptsächlich mit der sozialen Lage der Kinder. Honecker teilte mit, daß der Weltjugendbund gemeinsam mit der Internationalen Frauenföderation am 1. Juni 1950 erstmalig einen internationalen Kindertag durchführen wird, der den Kampf der Jugendlichen in den kapitalistischen Ländern um einen höheren Lebensstandard unterstützen soll. — Die Lage der Kinder in den dem Marshallplan unterworfenen Ländern sei grau-

voll. Honecker wies auf das marshallisierte Italien hin, wo durch unzureichende Ernährung und mangelnde Hygiene 70 Prozent der neugeborenen Kinder von Ausschlag befallen werden. Auf der Insel Sizilien werden zehnjährige Kinder zu schwerer Arbeit in den Bergwerken unter Tage gezwungen. Die Folge sind meist schwere körperliche Schäden und vorzeitiger physischer Verbrauch. Die Säuglingssterblichkeit ist in fast allen vom Kapitalismus unterworfenen Ländern enorm hoch. In Argentinien sterben 20 Prozent aller Säuglinge im ersten Jahr. In Syrien sogar 45 Prozent.

Aber auch in den USA ist die Lage der Kinder nicht viel besser. Auch hier ist es keine Seltenheit, daß zehn- bis vierzehnjährige Kinder in Fabriken arbeiten, wo sie nur einen Bruchteil des normalen Lohnes bekommen.

Im Gegensatz zu den Jugenddelegierten aus den kapitalistischen Ländern konnten die Vertreter der Sowjetunion und der volkdemokratischen Länder auf die großzügige Förderung der Jugend und die liebevolle Fürsorge für die Kinder in ihren Ländern hinweisen.

## Hirohito ist Kriegsverbrecher

Sowjetunion fordert Verfahren

**Washington.** Der sowjetische Botschafter in Washington, Alexander Panjuschkin, hat in einer Unterredung mit Außenminister Acheson vorgeschlagen, daß weitere Japaner einschließlich des Kaisers Hirohito als „Kriegsverbrecher“ vor Gericht gestellt werden. Die Sowjetunion fordert, daß Hirohito wegen seiner Verantwortung für die Vorbereitung der bakteriologischen Kriegsführung vor einen internationalen Gerichtshof gestellt wird.

Die sowjetische Forderung auf weitere Kriegsverbrecherverfahren in Japan ist in einer Note enthalten, die Panjuschkin dem amerikanischen Außenminister Acheson am Mittwochabend übergab. Diese Note beschäftigt sich mit den in der Sowjetunion durchgeführten Kriegsverbrecherprozessen gegen Vorbereitung des Bakterienkrieges. (Nach Reuter)

## Erster Schneesturm seit 80 Jahren

**Las Palmas.** (Kanarische Inseln.) Die Stadt Las Palmas erlebte am Dienstag zum ersten Male seit 80 Jahren einen Schneesturm. Der Schnee soll an einigen Stellen eineinhalb Meter hoch liegen.

## Im Streiflicht gesehen

**Koffer mit Rembrandt- und Dürerzeichnungen beschlagnahmt**

**Lübeck.** Die Lübecker Kriminalpolizei hat in Verfolg der Bilderschmuggelaffäre auf eine vertrauliche Mitteilung hin in einer Lübecker Bank einen zweiten Koffer mit 144 Kupferstichen, Zeichnungen und Bildern beschlagnahmt. Unter den wertvollen Kunstgegenständen waren 32 Zeichnungen von Rembrandt, 45 von Dürer, 110 Kupferstiche von Chodowiecki, ein Kupferstich von Raffael, eine Zeichnung von Lucas Cranach und drei Oel- und Aquarellstudien von Menzel. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Zeichnungen von Dürerschülern gefunden. Die Werke sind zum größten Teil aus dem Rahmen herausgeschnitten. Sie stammen aus Museen in Greifswald, Stralsund und Schwerin.

**Neunzehnjähriger auf großer Fahrt**

**Flensburg.** Der neunzehnjährige Schüler Rolf Gentner aus Pforzheim wurde am Dienstag von der schwedischen Polizei den deutschen Behörden in Flensburg ausgeliefert. Er war vor einigen Monaten illegal nach Schweden eingewandert.

gehalten. Nachdem er in einem spanischen Erzkohlebergwerk gearbeitet hatte, gelang es ihm, im September vor. Js. auf einem schwedischen Dampfer „England“ nach Schweden zu fahren, wo er sich in einem Flüchtlingslager meldete. Er wird sich in Kürze vor einem deutschen Gericht wegen illegalen Grenzübertritts verantworten müssen.

**Holländisches Transportflugzeug brennend in die Nordsee gestürzt**

**Den Haag.** Ein holländisches Transportflugzeug ist am Donnerstagfrüh auf dem Flug von Amsterdam nach London etwa 80 Kilometer westlich von den Haag brennend in die Nordsee abgestürzt.

Die Holländische Luftfahrtgesellschaft KLM bestätigte, daß sich an Bord der abgestürzten Transportmaschine sieben Mann Besatzung befanden, davon sechs zur Flugausbildung. Das Flugzeug hatte keine Passagiere an Bord.

Die Wrackteile der abgestürzten Maschine sind aufgefunden worden. (Nach Reuter.)

**Zwei Fälscherbanden in München ausgehoben**

**München. (dpa.)** Die amerikanische Polizei hat in München zwei Gruppen von Fälschern verhaftet. Sie hatten Gutscheine zum Ankauf von Zigaretten in den amerikanischen PX-Läden im Werte von 50 000 DM hergestellt.

### Die Hintermänner

Dem Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen: Die Westpresse tobt. Es ist nicht das schlechteste Zeichen, wenn sie ihre Wut an der Deutschen Demokratischen Republik auszulassen sucht. Für unsere junge Republik natürlich.

Was ist geschehen? Das schaffende Volk unseres Staates redet nicht mehr nur vom Kampf gegen Saboteure, Brandstifter und anglo-amerikanische Agenten. Es läßt den Worten immer mehr die Tat folgen und schießt sich nun an, für diesen entscheidenden Kampf wirksame Organe zu schaffen. Das ist gut so. Unser Volk strebt nach Glück und Wohlstand, nach einem friedlichen Leben, ohne Krisen und Kriege. Sein Weg ist klar vorgezeichnet. Es kann dahin aber nur gelangen, wenn es sich schonungslos seiner Feinde im eigenen Land entledigt, die sich heute und in der nächsten Zukunft hauptsächlich als Spione, Saboteure und Brandstifter bemerkbar machen.

Das ist sozusagen ganz zwangsläufig. Je mehr der amerikanische Imperialismus, dieser Hauptfeind unserer Republik und unseres Volkes, seine besten Felle in Gestalt der Hickmann, Witte, König usw. wegschwimmen sieht, um so brutaler geht er zu offenen, terroristischen Aktionen über. Glaube er bislang noch, mit Hilfe dieser Reaktionäre — um in seiner Sprache zu reden — ganz „legal“ die Front von innen aufzubrechen zu können, so beginnt er angesichts des zunehmenden Staatsbewußtseins und der politischen Wachsamkeit unseres Volkes immer mehr mit Dynamit und Lunte gegen unsere Republik vorzugehen. Gedungene Agenten und kriminelle Subjekte treten an die Stelle derjenigen, die von der demokratischen Öffentlichkeit als Sprachrohre Adenauers und Schumachers entlarvt wurden und noch entlarvt werden.

Weil nun unsere staatlichen Sicherheitsorgane und mit ihnen die demokratische Öffentlichkeit die Augen vor dieser Entwicklung nicht verschließen und energische Gegenschläge führen, spuckt die Westpresse Gift und Galle. Ist es nicht sonnenklar, daß sie sich vor aller Welt zu Verteidigern anglo-amerikanischer Agenten und Saboteure aufschwingt?

Jeder in unserer Republik entlarvte Reaktionär und jeder gefaßte Agent bekommt von dieser Journalie die Märtyrerkrone aufgesetzt. Ausnahmslos erscheinen sie als makellose Unschuldslämmer. Ob es sich dabei um die Millionenschieber Herwegen handelt oder um einen Agenten des Spionagebüros der SPD-Führung, spielt keine Rolle. Der amerikanische RIAS entblödete sich kürzlich nicht, die geflohenen Wirtschaftsverbrecher aus der Kontinentalen Gassgesellschaft vor sein Mikrophon zu zitieren und sie erklären zu lassen, sie hätten ja nur „das Beste“ für die volkseigenen Betriebe gewollt. Herr Schumacher selbst leitete in Westberlin einen großen Propagandarummel für das Oberhaupt dieser Bande, eben den Herrn Herwegen, ein. Gleichzeitig lassen er und seine Presse jeden Halunken, dem der Boden unserer Republik zu heiß wird und der folglich nach Westberlin oder in die Westzonen türmt, als „Widerstandskämpfer“ feiern.

Das dürfte aber doch hinlänglich bekannt sein: „Widerstandskämpfer“ im Schumacherschen und Adenauerschen Sinne ist nur derjenige, der mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Deutsche Demokratische Republik, ihren Volkswirtschaftsplan, gegen die Betriebe des Volkes und jede fortschrittliche Erregung kämpft. Solche „Widerstandskämpfer“ sind — das bezeugen sie selbst — ehrlose anglo-amerikanische Agenten und Schädlinge. Ihre Väter sitzen — auch das beweisen sie tagtäglich — in Westberliner und westdeutschen Redaktionen, in der SPD-Führung in Hannover und im Kaiserlichen Spionageministerium zu Bonn.

Hat der SPD-Vorsitzende vor kurzem nicht noch einmal ausdrücklich betont, er wolle keine SPD in der Deutschen Demokratischen Republik, er halte von „illegaler Tätigkeit“ (lies: Spionage) mehr? Hat nicht erst gestern Jacob Kaiser seinen „Vertrauensleuten“ (lies: Agenten) in mehr oder minder „verantwortlichen Ämtern“ unserer Republik neue Direktiven gegeben? Die Herren sollen nicht lamentieren, wenn der Arm der Gerechtigkeit zapackt. Die Schuldigen sind in erster Linie sie selbst und ihre anglo-amerikanischen Geldgeber.

Daraus folgt mit Notwendigkeit: Der Kampf gegen Spionage, Sabotage und Agenten des USA-Imperialismus, gegen die Feinde einer friedlichen Zukunft unseres Volkes kann nicht auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik beschränkt bleiben. Er muß von der Nationalen Front in ganz Deutschland geführt werden. Weil ihr dieser Kampf und vor allem seine Aussichten schlotternde Angst einjagen, darum tobt die westlich lizenzierte Meute.

### So wird's gemacht

Bonn, (Eig. Ber.) Die sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hubert wurde vorgeschickt, um einmal mehr im Zusammenhang mit der Errichtung von Sonderreferaten für die Rückführung von Deutschen aus Polen und den südosteuropäischen Ländern in Völkerverhetzung und Kriegshetze zu machen. Unter anderem behauptet sie, daß den noch in Polen befindlichen deutschen Eisenbahnern ein Fragebogen vorgelegt würde, in dem sie unter anderem erklären müßten, daß sie sich schämen, Deutsche zu sein und daß sie bereit seien, aus der Kirche auszutreten. Von Journalisten beim Bundestag anschließend befragt, ob sie das Original eines solchen Fragebogens gesehen habe oder die Existenz eines solchen Fragebogens beweisen könne, antwortete sie, man habe das aus Briefen herauslesen können. Das ist Beweis genug für diese sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, ihre Hetze gegen die Volksdemokraten zu betreiben.

Rom. Vier maskierte Räuber hielten unweit von Rom einen Bauern an und raubten ihm Geld und Schmucksachen im Wert von 3000 Lire.

## Lendenlamme Regierungserklärung zu einer Lebensfrage

Willi Agartz: „Auf Fischer-Tropsch-Anlagen haben wir den Anspruch des Erstgeburtsrechtes“ — Das Gespenst der Zechenstilllegung und Arbeitslosigkeit könnte abgewehrt werden

Bonn. (EB) „Ich möchte hier aussprechen, was zwar die Alliierten nicht gerne hören mögen, was jedoch alle Deutschen für wahr halten, daß die Behinderung der deutschen Fischer-Tropsch-Produktion einzig und allein Konkurrenzgründen entspringt und nicht dem Bedürfnis der sogenannten Sicherheit.“ Dies erklärte der kommunistische Abgeordnete und bekannte Bergarbeiter-Funktionär Willi Agartz vor dem Bundestag.

Die KPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung ersucht wird, dem Bundestag unverzüglich Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Hohen Kommission zwecks Verlängerung der am 31. Dezember 1949 abgelaufenen Produktions-Erlaubnis für die Krupp-Treibstoff-Werke in Warne-Eickel und in Gastrop-Rauxel. Willi Agartz stellte

weiter fest, daß empfindliche Rohstofflücken in der deutschen Wirtschaft mit Hilfe der Produktion dieser Werke geschlossen werden können. Die Fischer-Tropsch-Synthese ist eine deutsche Erfindung, und da wir in diesem Falle das Erstgeburtsrecht beanspruchen können, ist es um so bedauerlicher, daß die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft an der Entwicklung dieser Produktion nicht mehr beteiligt sein soll.

Agartz befaßte sich dann mit der besonderen Bedeutung, die die Kohlenveredelung für den Bergarbeiter hat. „Wir stehen in Kürze vor der Frage, wie sollen wir unsere Kohlen absetzen. Es macht sich der Beginn einer Kohlenzwemme auf dem Weltkohlenmarkt bemerkbar. Vor allem minderwertige Kohle, die für die Fischer-Tropsch-Produktion besonders geeignet ist,

wird nicht mehr abgesetzt werden. Das Gespenst der Zechenstilllegung, welches uns schon jetzt wieder droht, könnte abgewehrt werden, wenn die Produktion wieder anläuft.“ Agartz betont, daß damit der drohenden Arbeitslosigkeit, die zu einer Gefahr für unseren ganzen sozialen Bestand wird, entgegengewirkt werden könne. Agartz schloß: „Die Arbeitsplätze der Fischer-Tropsch-Arbeiter und der Bergarbeiter müssen unter allen Umständen gesichert werden. Die KPD-Fraktion habe deshalb erfahren wollen, welche Bemühungen das Kabinett Adenauer um die Produktions-Erlaubnis gemacht hat. Wenn nötig, muß von allen Deutschen Druck gemacht werden, daß diese Produktions-Erlaubnis, auf die wir jedes Anrecht haben, auch erteilt wird.“

Arbeitsminister Storch hatte vorher eine

lendenlamme Erklärung abgegeben, in der er behauptete, das Kabinett Adenauer bemühe sich um eine Uebergangslösung für die Fischer-Tropsch-Betriebe. Der SPD-Abgeordnete Meyer gab bekannt, daß er von Herrn Adenauer nicht einmal eine Antwort auf seine Anfrage, die Fischer-Tropsch-Werke betreffend, erhalten habe, die er als Vertreter dieses Wahlkreises fordern könne. Trotz dieser Erklärung stimmte wiederum ein großer Teil der SPD-Abgeordneten gemeinsam mit den Regierungs-Parteien für den CDU-Antrag, der den kommunistischen Antrag nach den Ausführungen Arbeitsministers Storch für erledigt erklärt.

### Geständnisse

„Weil uns Westdeutschland mit Fertigungswaren überschwert, haben wir jetzt fast 300000 Arbeitslose“, erklärte der Vorsitzende der Westberliner SPD, Franz Neumann. Er vergaß hinzuzufügen: „Das konnte geschehen, weil wir die Einheit der Arbeiterklasse in Westberlin verhinderten, weil wir Westberlin durch die separate Währungsreform abschürften von der damaligen sowjetischen Besatzungszone, weil wir im antikommunistischen „kalten Krieg“ an der Spitze stehen wollten.“

Aber der „kalte Krieg“ genügt ihnen noch nicht einmal. Der Separatist und Oberbürgermeister von Westberlin, Reuter, propagierte mit der Parole: „Berlin ist ein Krieg wert“ den heißen Krieg, und die führende SPD-Funktionärin und Lizenzträgerin des „Telegrafs“, Annedore Leber, schmeterte am 17. 8. 1948 den Schlachtenruf: „Allierte fürchtet euch nicht, wir Berliner stehen vor euch!“ ins imperialistische Kriegslager.

Die Alliierten fürchteten sich nicht; sie bauten und flogen „Luftbrücke“. Die Fluggesellschaften, die Öl- und Benzinströme führten den „anti-kommunistischen Feldzug“ auf die Taschen der Westberliner und westdeutschen Steuerzahler.

Und noch eins erreichten die anti-kommunistischen Kriegshetze Reuter, Leber, Neumann, Schwennicke u. a.: Sie schufen mit ihrer Spaltungspolitik die Voraussetzung dafür, daß die deutschen Monopolisten Produktionsstätten und Maschinen der AEG, Siemens und anderer Werke per „Luftbrücke“ in Adenauers Separatstaat verlagern konnten. Sie ermöglichten es also selbst, daß die Arbeitsplätze der Werktätigen Westberlins demontiert wurden und öffneten in der Folge der Fertigwarenzwemme aus dem Westen Tür und Tor Unter dem Druck der westberliner Wirtschaftskrise und der 300 000 Arbeitslosen sagt heute Neumann:

„Westdeutschland habe nach Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen seit 1949 über Westberlin eine Art von Blockade verhängt, die das Wirtschaftsleben der Westsektoren vollständig ruiniere.“

Nun, das ist eine einfache Sache, heute, in dieser Situation festzustellen, von wem und woher die Blockade nicht nur über Westberlin, sondern auch über die westdeutsche Industrie verhängt wird. Der Marshallplan mit seinen einseitigen Handels- und Marktbeschränkungen — die die Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Fertigwaren bewirken — ist doch eine Art Blockade für die gesamte westdeutsche Wirtschaft.

Die westdeutschen Industriellen unter den Fittichen Adenauers und Erhards versuchen natürlich — nach dem Vorbild der großen ausländischen Monopolisten — ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Teil auf ihren schwächeren Partner — in diesem Falle auf Westberlin — abzuwälzen. Vielleicht wird Dr. Schumacher unter dem Druck der 2 Millionen Arbeitslosen in Adenauers Separatstaat eines Tages auch feststellen, daß diese durch Blockade und Fertigwarenzwemme im Zuge des Marshallplanes produziert worden sind. Aber was nutzt das, wenn diese Politiker gleichzeitig den „kalten Krieg“, den „antikommunistischen Feldzug“ propagieren und damit den Arbeitslosen nichts anderes und nichts besseres zu bieten haben als die Aussicht auf ein Massengrab?

Es gibt nur einen Weg für die deutschen Werktätigen und die deutsche Wirtschaft, um zu Vollbeschäftigung und Wohlstand zu gelangen, das ist der Weg der deutschen Demokratischen Republik an der Seite der Kräfte des Friedens und des Sozialismus, der Weg des Kampfes für Frieden, Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. W. F. C.

## Mit den Müttern der Welt für den Frieden

Erika Buchmann, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD

Die Remilitarisierungspläne Dr. Adenauers haben vielen bis dahin gleichgültigen Menschen in Westdeutschland die Augen geöffnet. Sie fangen an, die ungeheure Gefahr zu erkennen, der sich die Welt gegenüber sieht. Es ist ihnen klar geworden, daß sie selbst, ihre Familien und ihre Heimat in sehr konkrete Pläne für einen neuen Krieg einbezogen werden sollen. Für diese Erkenntnis spricht beispielsweise auch das Ergebnis einer Umfrage des Emnid-Instituts. Auf die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder ihren Mann oder Sohn wieder Soldat werden zu lassen?“, haben im Juni 1949 60,18 Prozent aller Befragten ein klares Nein gegeben. Jetzt hat sich dieser Prozentsatz auf 74,6 Prozent erhöht. Bei den Frauen ist er sogar auf 78,3 Prozent gestiegen.

Zweifellos ist dieses Resultat zurückzuführen auf die immer massiver werdende Kriegshetze der Imperialisten, die alarmierenden Nachrichten über gesteigerte Rüstungen, die immer unverhüllter zutage tretenden Absichten, Westdeutschland zur Aufmarschbasis und Rüstungskammer gegen die Sowjetunion und die ihr befreundeten Staaten zu machen. Vielen Menschen ist klar geworden, daß ihre Söhne in fremde Armeen einbezogen und zur Vernichtung der eigenen Heimat, zur Zerstörung des eigenen Heims, zu Mord an den eigenen Eltern, Kindern, Frauen und Geschwistern mißbraucht werden sollen.

Mit derselben kalten Berechnung, mit der die Kapitalisten von Zeit zu Zeit Riesenmengen von Kaffee und Weizen vernichten lassen, um die Preise zu halten, geben sie nun Befehl an ihre Militärs, ihre Atomwissenschaftler, Pläne zur Vernichtung menschlichen Lebens auszuarbeiten. Dieser Tage wurde der Waffenhilfsvertrag der USA unterzeichnet. Amerikanische Mordwerkzeuge sollen nach Europa ge-

bracht und hier gestapelt werden. Die Kapitalisten warten auf den Moment, in dem sie diese Waffen ihrer grauenhaften Bestimmung zuführen können. Sie leben in der Hoffnung, Schwächen in der gewaltigen Friedensfront der 800 Millionen zu dem lange vorbereiteten Start ihres kriegerischen Abenteuer ausnützen zu können. Sie verrechnen sich. Sie stoßen auf organisiertem Widerstand:

Die Freunde des Friedens sind in Aktion getreten. Sie verweigern die Lösung von Waffentransporten, Frankreichs Hafnarbeiter haben sich an die Spitze der Abwehrfront gestellt, ihre Kollegen in Italien, Holland und Dänemark, die Eisenbahner und Transportarbeiter in Schweden solidarisierten sich mit ihnen. Immer größere Massen einfacher Menschen entscheiden sich für den Kampf um den Frieden.

Es ist von ungeheurer Bedeutung, daß die Frauen Frankreichs führend vorangehen sind. Leidenschaftlich haben 400 Mütter junger Franzosen, die im Krieg der Kapitalisten gegen das Volk Indochinas ihr Leben verloren, gegen die Fortführung dieses Krieges protestiert. Dafür, daß sie anderen französischen Müttern das eigene Leid ersparen wollten, dafür, daß sie sich schützend vor die Kinder Indochinas stellten, wurden sie mit Gummiknüppeln auseinander getrieben. Haß gegen die Mörder ihrer Söhne im Herzen, haben sie sich an die Arbeiter Frankreichs gewandt: Keine Waffen, keine Soldaten nach Indochina, nach Indonesien, nach Vietnam!

Heute verteidigen die Arbeiter Frankreichs und Italiens, Schwedens und Hollands mit ihren Aktionen nicht nur das Leben ihrer eigenen Familien, sie schützen auch die Kinder Deutschlands. Je stärker ihr Kampf, um so mehr werden die Kriegstreiber versuchen, Westdeutschland neben dem faschistischen Spanien zum Waffen-

arsenal zu machen. Sie wollen ihre Macht in Westdeutschland, unterstützt von den westdeutschen Imperialisten und Volksfeinden, dazu mißbrauchen, die Männer zur Entladung der Waffen aufzufordern, die gegen ihre eigenen Frauen und Kinder, gegen ihre eigenen Mütter, gerichtet werden sollen. Die gemeinsame Abwehr der Männer und Frauen Westdeutschlands muß diesen Versuch von vornherein unmöglich machen.

Die westdeutschen Frauen wollen den Frieden. Sie werden lernen müssen, das Leben zu verteidigen. Nicht ihr Wunsch kann den Frieden garantieren. Ihre Taten allein, ihr Kampf an der Seite ihrer Männer, ihr Kampf in der großen Front der Friedensfreunde in aller Welt kann allein ihr Heim schützen. Westdeutschlands Frauen haben den Beweis zu liefern, daß sie in steigendem Maße verstehen, welche Bedeutung dem Kampf um die Einheit Deutschlands, eines friedliebenden, demokratischen Deutschland zukommt, in dem gewaltigen Ringen zwischen Vernichtung durch die Kapitalisten und der Organisation des Friedens.

Die Frauen der ganzen Welt begehen am 8. März den 40. Internationalen Frauentag als den Friedenstag der Frauen. Sie werden sich in gewaltigen Kundgebungen zusammenschließen. Die Frauen Westdeutschlands werden gegen jeden Plan, ihre Heimat zur Basis eines neuen Krieges machen zu lassen, aufstehen. Sie werden ihren Willen in Entschliefungen an die Parlamente unumkehrbar zum Ausdruck bringen. Sie werden in allen Betrieben, in allen Städten und Dörfern Friedensausschüsse organisieren. Gemeinsam mit den Müttern der Welt werden sie leidenschaftlich ihren Anspruch auf das Leben ihrer Kinder erheben, leidenschaftlich ihren Willen manifestieren, den drohenden Krieg mit allen Mitteln zu verhindern.

## Die Folge wären mehr Arbeitslose

Den Sozialdemokraten Arno Scholz und Paul Löbe sind 300 000 Arbeitslose in Westberlin noch nicht genug

„Sperrung der Industriellieferungen an die Ostzone“. Diese Forderung, wobei mit „Ostzone“ die Deutsche Demokratische Republik gemeint war, verkündete die Zeitung „Telegraf“ des Arno Scholz, Paul Löbe, Annedore Leber in Westberlin, in großer Schrift über die ganze Breite an der Spitze des Blattes am vergangenen Sonnabend. Beamte der amerikanischen Hohen Kommission hatten es zuerst gesagt. Der „Telegraf“, fix wie sein Name es verlangt, hat es einem Lautsprecher gleich, ausgesaut.

Die Forderung war vom „Telegraf“ bezeichnet als „Maßnahme gegen Sowjetschikanen!“ Es paßt dem „Telegraf“ nicht, daß die zuständigen Behörden die Einhaltung der Verkehrsvorschriften beim Betreten und Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik überwachen. Wenn es bisher unterblieben wäre: den Schaden davon hätten auch die Bewohner Westberlins gehabt. Denn so sehr die Kontrollmaßnahmen dazu bestimmt sind, den Aufbau und die Entwicklung der Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Kraft zu sichern: Daß zum Beispiel unerlaubte „Betriebsverlagerungen“ aus Berlin nach dem Westen Deutschlands verhindert wurden, hat manchem Westberliner den Arbeitsplatz gesichert, der sonst auch stempeln würde. Jetzt sind in Westberlin schon mehr als 300 000 arbeitslos.

Es sind wie gesagt, Amerikaner, Beamte der amerikanischen Hohen Kommission, von denen die Forderung ausgesprochen worden ist, die der „Telegraf“ aus vollem Halse in die Welt hinausschreit. Das erinnert an einen Vorgang, der vor kurzer Zeit die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes für sich in Anspruch nahm. Die Demokratische Volksrepublik China wollte einen Auftrag von mehr als 1,8 Millionen Tonnen Stahlschienen der westdeutschen Industrie in Auftrag geben. Die erste Rate sollte 100 000 Tonnen betragen. Die Kontrollinstanz der Westmächte, in der die Amerikaner den maßgeblichen Einfluß ausüben, gab der westdeutschen Industrie nicht die Genehmigung zur Uebernahme dieses Auftrages, der für viele Arbeiter Lohn und Brot auf lange Zeit hin bedeutet hätte. Amerikanische Stahlgesellschaften übernahmen den Auftrag und führen ihn aus. Dabei stört es sie garnicht, daß die amerikanische Regierung den Feind des chinesischen Volkes Tschiangkai-sche immer noch nicht fallen gelassen hat, und zum Beispiel immer noch seinen Vertreter im Sicherheitsrat der UNO duldet. Kein amerikanischer Beamter hat verlangt, daß amerikanische Stahlgesellschaften den Schienenauftrag nicht ausführen. Er bedeutet ja weniger Erwerblose in USA. Dafür bedeutet das Verbot der Uebernahme des Auftrages durch westdeutsche Firmen und

seine Ausführung hier, daß die Zahl der Erwerblosen bei uns zunimmt. Die gesamte den Außenhandel Westdeutschlands droselnde Politik der Besatzungsmächte hat ja in erster Linie und vor allen Dingen den Zweck, die Krisenerscheinungen in den westlichen Staaten vor allen Dingen in Amerika abzuschwächen und mit den amerikanischen Waren, die im Rahmen des Marshallplanes hierher gelangten, auch die Arbeitslosigkeit zu importieren. Für China bedeutet die Einfuhr von Eisenbahnschienen nicht die Einfuhr von Arbeitslosigkeit, ebensowenig wie Einfuhr in andere Länder, die der Herrschaft des Imperialismus entrissen sind, Arbeitslosigkeit bedeutet.

Was die Deutsche Demokratische Republik angeht: sie wünscht nichts sehnlicher, als die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen Deutschlands, wie es ja ihr und aller guten Deutschen Ziel ist, alles Teile unseres Vaterlandes in einer deutschen demokratischen Republik zu vereinen. Der wirtschaftliche Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich schneller, wenn die Güter, die sie braucht, daher kommen, wo sie früher herkam, soweit es sich um Westdeutschland handelt.

In der Zeit der von den Westmächten über die damalige Ostzone 1948/49 verhängten Blockade hat sich gezeigt, daß der Aufbau dort nicht aufzuhalten war. Umso weniger würde das heute der Fall sein. Große Hilfe hat beim Aufbau der Wirtschaft der Sowjetunion geleistet. Ihre eigene Kraft hat ständig zugenommen, vor allem durch das Wachsen des Bewußtseins bei den Arbeitern und Angestellten in den volkseigenen Betrieben.

Wenn in diesen Tagen nach dem Rezept des „Telegraf“ gehandelt worden wäre, oder wenn je so gehandelt werden sollte — nach einem Rezept, das, wie unser Beispiel zeigt, ein amerikanisches Rezept ist, dann würde dadurch mit aller Schwere niemand anders getroffen werden als die Arbeiter, die große Masse des Volkes in Westdeutschland.

Was sich hier der „Telegraf“ geleistet hat, beweist einmal mehr, daß die rechten sozialdemokratischen Führer dem amerikanischen Imperialismus hörig sind. Haß und Krieg predigen sie gegen die Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder und gegen das eigene Vaterland, so weit es dem Einfluß des Imperialismus entzogen ist. Den kalten Krieg machen sie mit soweit sie können. Weil sie glauben, die Deutsche Demokratische Republik mit der „Sperrung der Industriellieferungen an die Ostzone“ treffen zu können, geben sie die Lösung dazu heraus. Dabei treffen sie zuerst die Arbeiter, die Werktätigen in Westdeutschland und Westberlin. Die Spal-

ung zwischen Ost und West in unserem Vaterlande vertieft sie dabei. Wo es doch sonnenklar ist, daß die Einheit brennend nottut. Die Einheit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter in der Aktion beim Kampf um die Verteidigung des Arbeitsplatzes, beim Kampf um höheren Lohn. Not tut die Nationale Front des demokratischen Deutschlands, damit nicht die Imperialisten, die fremden und die deutschen, sondern das Volk allein bestimmt, in welcher Weise es den Außenhandel in Westdeutschland aufbaut, in welcher Weise es eine wirkliche Friedenswirtschaft aufbaut, als die Grundlage des geeinten Deutschlands, der einen Deutschen Demokratischen Republik, als Grundlage für den Frieden. I. H.

## Pressestimmen

### „Riesiger Schaden an dem moralischen Kredit unseres Landes“

Die Ablehnung der koreanischen Hilfe durch den amerikanischen Kongreß ist das erste, aber nicht unwichtigste praktische Beispiel dafür, wie wir die Zukunft verlieren werden, wenn wir uns um die Gegenwart streiten. Im Gesetzesvorschlag zur koreanischen Hilfe geht es um die Frage, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, einer Verpflichtung nachzukommen, die sie vor dem koreanischen Volk und den Vereinten Nationen auf sich genommen hatten. Ueber allem steht die Frage der Ehre...

Wenn die Aeußerung des Senators Knowland stimmt, daß die Koreaner in diesem Falle nur die unschuldigen Zuschauer im Kongreß sind, die in die Feuerlinie gerieten, dann wird es Zeit, daß er einmal Atem holt und sich fragt, was passieren würde, wenn seine Geschosse weiter auf dieser Bahn schießen würden.

Was passieren wird, wird ständig unheilvoller klar. Es wird den Vereinigten Staaten unmöglich werden, in Asien irgendeine nützliche Rolle zu spielen. Der koreanische Streitfall wird die übrigen schwachen Nationen lehren, daß die amerikanische Politik jederzeit zufällig umgeworfen werden kann, wenn sie in die Geschloßbahn der Kongreß-Politik gelangt. Von keinem Volk kann man erwarten, daß es seine Zukunft von der Unbeständigkeit, Unzuverlässigkeit und Unverantwortlichkeit wechselnden Mehrheiten im Kongreß abhängig macht. Von keinem Führer wird man erwarten können, daß er seinen Beruf und sein Leben davon abhängig macht. Ein unberechenbarer aber riesiger Schaden an dem moralischen Kredit unseres Landes wurde uns zugefügt, um den wettzumachen man mehr tun muß, als lediglich das Abstimmungsresultat zu widerrufen.

Aber es kommt noch schlimmer. Die tatsächliche Auswirkung des Kreuzzuges um

Formosa ist die, daß die Vereinigten Staaten im Fernen Osten isoliert werden. Obgleich Mr. Knowland den Präsidenten nicht überreden konnte, in Formosa zu intervenieren, bringt er es dennoch fertig, dieses Land mit den Ueberresten der Regierung Tschiang verwickelt zu halten. Indem wir an Tschiang gebunden sind, sind wir jetzt — was China und den Fernen Osten betrifft — von unseren wichtigsten, einzig wirksamen und einflussreichen Alliierten, Großbritannien, Indien und Pakistan getrennt. Wir können unsere Politik nicht aufeinander abstimmen, weil sie mit Tschiang gebrochen haben und wir dies nicht fertig bringen.

Tschiang können wir nicht helfen. Aber dank Senator Knowland und seinen Freunden können wir nichts ohne Tschiang anfangen. Für Tschiang können wir nicht kämpfen, wegen ihm können wir aber auch nicht verhandeln. Das Ergebnis ist, daß unter der Begleitmusik von herzerzitternden Klagen über eine „Politik für Asien“ unsere Politik zwangsläufig darin besteht, daß wir überhaupt keine Politik haben. Es ist nicht erstaunlich, daß die republikanischen Isolationisten tatsächlich die Vereinigten Staaten von Asien isolieren.

Das gerade will der Krenl vor allen Dingen: uns aus dem Fernen Osten herausdrücken, damit wir die Konsolidierung seines Imperiums nicht mehr beeinflussen oder stören können. Daß diese republikanischen Senatoren einen viel lauterer antikommunistischen Lärm als irgend jemand anderes schlagen, kann die tatsächlichen Ergebnisse nicht verschleiern: sie haben unseren Einfluß in Korea und deshalb auch in anderen verwundbaren Regionen untergraben, und sie zwingen uns, an Tschiangs schlechtes und sinkendes Schiff angebunden, unterzugehen.

Walter Lippmann  
in der „New York Herald Tribune“.

# Ministerpräsident Maier schwer angeschlagen

## Vorwurf der „Untreue im Amt“

### Dr. Hausmanns Tätigkeit als Entnazifizierungsmakler — Auch Abg. Kamm in den Strudel gezogen

Stuttgart, (dpa.) Die württemberg-badische Landespolizei hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ersucht, die dem Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier (DVP in der FDP) als Landtagsabgeordneten zustehende Immunität aufheben zu lassen. Der gleiche Antrag wird für den württemberg-badischen Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der DVP im Landtag Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Hausmann und den früheren Befreiungsminister Gottlieb Kamm (SPD) gestellt. Alle drei sollen in den Stuttgarter Entnazifizierungsskandal verwickelt sein.

Dem Ministerpräsidenten wird Mittäterschaft an der „Untreue im Amt“ vorgeworfen, die der Ministerialrat Karl Ströhle im Fall Schacht begangen haben soll. Dr. Maier wird außerdem der Rechtsbeugung in einem anderen Entnazifizierungsfall verdächtigt.

Dr. Hausmann soll unter anderem wegen verschiedener Verdachtsmomente bei einem Gnadenakt für den Backnanger Lederfabrikanten Karl Käb, dessen Verfahrenskosten von 42 000 auf 8 000 DM ermäßigt worden waren, vernommen werden.

Der frühere Befreiungsminister Gottlieb Kamm soll vor der Währungsreform ein Auto unter dem amtlichen Schätzpreis unrichtig erworben haben und wird der Unterschlagung verdächtigt.

Ströhle, der zeitweilig früher schon und heute noch die Geschäfte des Befreiungsministeriums führte, und sein Vorgänger in diesem Amt, Walter Koransky, sollen unter dem Verdacht der Nötigung im Entnazifizierungsfall Schacht vernommen werden.

Der Verteidiger Dr. Schachts, der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Schwamberger, teilte mit, daß Ministerialrat Dr. Ströhle ihm auf Veranlassung des Ministerpräsidenten im vergangenen Sommer vorgeschlagen habe, den Fall Schacht nicht mehr zu verfolgen, wenn Schacht seinerseits auf einen Regreßanspruch gegen das Land wegen seiner Verhaftung im Jahre 1946 verzichte. Ströhle habe dabei angedeutet, daß Schacht, der in der Berufungsverhandlung für nicht Betroffenen erklärt worden war, bei einem neuen Verfahren mit einer anderen Einstufung zu rechnen habe, wenn er nicht auf diesen Vorschlag eingehe.

### Gewerkschaft hinter Landespolizei

Der Vorsitzende der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im Bundesgebiet, Adolf Kummernus, stellte sich in einer Presseerklärung hinter die polizeilichen Maßnahmen im Fall May-Meyer-Rapp. Die Gewerkschaft beobachtete „mit wachsender Besorgnis das Bemühen, die seit her mit der Leitung der Landespolizei Nord-

württemberg beauftragten Beamten zu beiseiten und sie durch andere Männer zu ersetzen.“ Die Gewerkschaft sehe darin einen Versuch, die Beamten daran zu hindern, ihre unbestechliche Pflicht zu erfüllen. Damit werde der demokratische Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz gefährdet. Die Gewerkschaft bittet die Öffentlichkeit, alles zu tun, um eine Polizei zu erhalten, die gerecht und ohne Beeinflussung ihrer Pflicht nachgehe.

### VVN: Organisierte Sabotage an der Entnazifizierung

Der Sekretär der VVN Württemberg-Baden, Hauber, erklärte Pressevertretern in Stuttgart, die im Fall May-Meyer festgestellten Tatsachen berechtigten zu der Behauptung, daß von Anfang an eine „organisierte Sabotage“ an der Entnazifizierung getrieben worden sei. Er wies darauf hin, daß in Württemberg-Baden kein Betroffener nach dem Befreiungsgesetz als Nutznießer eingestuft worden sei. Bereits zu Beginn der Entnazifizierung seien die öffentlichen Kläger angewiesen worden, jeden Fall, in dem ein Betroffener als Nutznießer eingestuft werden sollte, dem Befreiungsminister zur Prüfung vorzulegen. Im Befreiungsministerium habe Dr. Eugen Widmaier diese Fälle prüfen müssen. Widmaier selbst sei vom Befreiungsgesetz betroffen gewesen und habe dem „Büro Rapp“ angehört.

# Ausbau des neuen Rathauses kostet 1,5 Mill. DM

## Sehr kostspieliges Projekt zu ungünstigem Zeitpunkt

Mannheim. Es ist zweifellos ein unerfreulicher Zustand, der auch dringender Abhilfe bedarf, daß wir im jetzigen Rathaus keinen geeigneten Raum besitzen, um öffentliche Stadtratssitzungen durchzuführen. Zwar wurde bisher dazu der Turmsaal benutzt, doch dürfte er mit seinen ca. 30 Sitzplätzen für eine Stadt wie Mannheim nicht der geeignete Saal sein. Schon wiederholt wurde aus diesem Grunde erwogen, eventuell im Technischen Rathaus einen solchen Saal zu errichten.

Die Mitglieder des technischen Ausschusses befaßten sich nun in ihrer letzten Sitzung mit einem diesbezüglichen konkreten Plan. Allerdings hat sich der ursprüngliche Plan mittlerweile sehr erweitert. Entgegen früheren Beschlüssen, das Technische Rathaus hauptsächlich für Niederlassungen großer Firmen auszubauen, taucht jetzt plötzlich der Plan auf, die Haupt-Stadtverwaltung nach dort zu verlegen. Die dort bereits eingezogene Margarine-Union würde auf Kosten der Stadt — für 70 000 DM — umgesiedelt. Für den Bau werden 440 000 DM benötigt. Noch kostspieliger wird die Innenaus-

stattung, die auf 985 000 DM veranschlagt ist. Durch den Umzug der Verwaltung nach dem Technischen Rathaus soll, da dort dann das Hochbauamt einziehen würde, die U-Schule für den Schulbetrieb freigemacht werden.

Die Frage der Verlegung der Verwaltung nach E 5 hat im Stadtrat schon mehrfach lebhaft Debatten hervorgerufen. Ob allerdings gerade jetzt der Zeitpunkt ist, dieses kostspielige Projekt in Angriff zu nehmen, dürfte umstritten sein. Der technische Ausschuss der zur Beschlußfassung bei einem so großen Projekt nicht kompetent ist, machte deshalb nur Vorschläge, die dem Stadtrat in seiner nächsten Sitzung unterbreitet werden sollen.

Unter anderem erfuhr man, daß der neue Rathaussaal mit etlichen kleinen Fraktionszimmern, einem Erfrischungssaal zur Stärkung abgekämpfter Stadtväter, und anderem mehr versehen werden soll. Stadtrat Stark (KPD) warnte eindringlich davor, komfortabel zu bauen. In unserer schweren Zeit würde niemand Verständnis dafür aufbringen.

Der Umzug der Verwaltung soll bereits am 1. Oktober geschehen. A.L.

# Jugendortsausschuß der Gewerkschaften zur Arbeitsdienstfrage

Weinheim. In seiner Sitzung am Donnerstags, den 19. Januar 1950 nahm der Ortsausschuß der Gewerkschaftsjugend Weinheim Stellung zu dem Problem der lernenden und schaffenden Jugend. Dabei nahm er einstimmig folgende Resolution an:

Das Problem der arbeitslosen und zum Teil herumstreuenden Jugend darf nicht für sich allein betrachtet werden, sondern muß in den Rahmen der Verhältnisse in Westdeutschland insgesamt gestellt werden, da ja Arbeitslosigkeit und damit verbunden die Verwahrlosung der Jugend nur ein Ausdruck dieser Misere ist, in der sich Westdeutschland befindet.

Dem allgemeinen Jugendelend durch die Schaffung eines Arbeitsdienstes zu begegnen, lehnen wir kategorisch ab, weil das erstens die Grundschwierigkeiten in keiner Weise beseitigt, sondern im günstigsten Fall etwas verdeckt wird, was notwendig ist erkannt und bekämpft zu werden. Zum zweiten halten wir den Arbeitsdienst, ganz gleich, unter welchem Namen er aufgezogen werden soll, für den Vorläufer einer geplanten Remilitarisierung. Nach unserer Auffassung ist es aber Pflicht jedes anständigen Menschen, beides mit allen Mitteln zu verhindern.

Es gibt nur einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Wirtschaftselend, nämlich den deutschen Export zu steigern, die deutsche Fertigwarenindustrie in großzügigstem

Maße auszubauen und der freie Handel mit allen Ländern der Erde, vornehmlich mit den Staaten des Ostens, weil der Warenbedarf dieser Länder unermesslich und ihre eigene Industriekapazität, wenn man von der Sowjetunion absteht, gering ist. Die zum Ausbau der deutschen Industrie notwendigen Gelder zu Investitionszwecken können aus den ungeheuren Abgaben an Besatzungskosten aufgebracht werden. Alle Beschränkungen des deutschen Exports, die unter anderem zu dem erzwungenen Verzicht der westdeutschen Industrie auf Abschluß eines größeren Stahlgeschäftes mit der Chinesischen Volksrepublik führten, müssen beseitigt werden.

Weiterhin muß die unhaltbare Wirtschaftsgrenze nach der Deutschen Demokratischen Republik fallen, da sie bis heute ein in Jahrhunderten organisch zusammengewachsenes Wirtschaftsgefüge zerrißt.

Die durch keine rechtliche Grundlage sanktionierten Demontagen, die offensichtlich nur aus Konkurrenzgründen durchgeführt werden, müssen eingestellt werden.

Alle Mittel, die man ohne die Erfüllung dieser grundsätzlichen Forderungen aufwendet, um der Jugend zu helfen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, tragen nur dazu bei, die wahre Situation zu verschleiern, und müssen zwangsläufig noch weiter ins Elend führen.

# Wachsende Beunruhigung der Kleingärtner

## Der Landesbund protestiert im Namen von 48 000 Menschen gegen beabsichtigte Einziehung von Kleingärten

Mannheim qu. — Nachdem bereits der Kleingärtnerverband Mannheim-Neckarstadt in der vergangenen Woche in einer Resolution gegen das Vorhaben Bürgermeister Trumpfhellers schärfstens protestiert hatte, hat sich nun auch der Landesbund der Siedler und Kleingärtner e. V. Württemberg-Baden in dieses Problem eingeschaltet. Er begründet in einer ausführlichen Stellungnahme seinen Protest mit der Erklärung Trumpfhellers in der Sitzung des Technischen Ausschusses vom 22. Dezember 1949, in der der Bürgermeister erklärte, daß die Stadtverwaltung gezwungen sei, im neuen Jahr relativ viel Kleingärten zur Gewinnung von Baugelände einzuziehen. Das war sehr deutlich, und daraus resultiert auch begrifflich die große Beunruhigung, die diese Äußerung in den Kreisen der Kleingärtner ausgelöst hatte.

In einer umfassenden Erklärung vom 10. Januar 1950 nahm nun der engere Vorstand der Bezirksgruppe Mannheim der Kleingärtner zu dieser Frage Stellung in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim Stellung.

Wenn man schon mit dem Gedanken spielen würde, Kleingärten zu räumen, so müsse doch unbedingt gleichzeitig die Frage geprüft werden, ob die Stadtverwaltung auch in der Lage sei, das nötige Ersatzland bereitzustellen. Da diese aber bis heute noch keine diesbezügliche Stellung bezogen hat, kam der Vorstand, der Bezirksgruppe in seinem Schreiben zu einem Entschluß, der folgendes beinhaltet:

Die Mannheimer Kleingärtner verwarfen sich ganz entschieden gegen Kündigungen und Räumungen von Gärten, zumal wenn diese kurz befristet sind, denn in den Gärten, die doch alle den unteren Bevölkerungsschichten angehören, ist doch immerhin ein Kapital investiert, das mit viel Mühe und Fleiß aufgebracht wurde, und dann über Nacht geräumt werden müßte. Was mit soviel Schweiß und Liebe erstellt wurde, kann man nicht mit einem Federstrich beseitigen, nur weil man in der Stadtverwaltung der Meinung ist, ausge-rechnet die Kleingärtenanlagen würden sich besonders als Baugelände eignen.

Weiterhin verlangen die Kleingärtner, daß nun endlich auch die Mannheimer Kleingärtenanlagen systematisch so erfaßt werden, daß Daueranlagen daraus entstehen. Wird das Gespenst der Räumung von unseren Kleingärtnern ferngehalten, dann ist ihnen die Möglichkeit gegeben, aus ihrem Stückchen Land einen Garten zu formen wie er sein soll.

Der gesamte Vorstand bittet die Stadtverwaltung die Frage zu prüfen: Was ist in der heutigen Zeit besser und schöner, eine teure Grünanlage, die der Stadt laufend Unkosten verursacht und nichts einbringt, oder eine Dauergartenanlage, die mit Hilfe der Stadt mit gepflegten Wegen und Sitzgelegenheiten versehen jedem Bürger unserer Stadt Freude und Erholung bringt?

Darüber wo Kleingärtenzonen der Gefahr der Räumung ausgesetzt ist, wird sofortige Aufklärung verlangt, denn wenn

Herr Bürgermeister Trumpfheller weiß, daß Gärten verschwinden müssen, so kann und muß er dies den Kleingärtnern mitteilen, damit kein unnützes Geld mehr in die Gärten hineingesteckt wird.

Bereits mit dem verstorbenen Oberbürgermeister Dr. Cahn-Garnier wurde in einer Besprechung am 7. 12. 49 einige dieser Fragen schon behandelt. Damals wurde festgestellt, daß in Zukunft bei Vergebung von Gelände nur noch die Organisation eingeschaltet werden soll. Bis heute hat man sich allerdings an diese Vereinbarung nicht gehalten.

Um gegenseitige bessere und verständlichere Arbeit leisten zu können, macht der Kleingärtnerverband den Vorschlag, in Mannheim ein Kleingartenamt zu errichten, wie dies in nord- und mitteldeutschen Städten der Fall ist. Dieses Amt könnte der Gartenverwaltung angegliedert werden.

Dabei werden die Mannheimer Stadtväter daran erinnert, daß die Mannheimer Kleingärtner mit ihren Familienangehörigen ein Fünftel der Mannheimer Bevölkerung ausmachen, das sind rund 48 000 Menschen, die absolut keine Sonderbehandlung,

aber unbedingt und mit Recht eine Wahrung ihrer Interessen verlangen. Wenn die Stadtverwaltung das fördert, dann unterstützt sie eine Bewegung, die in weitesten Kreisen Anklang gefunden hat. Auch hilft sie mit einer Kulturarbeit zu unterstützen, die insbesondere unseren Kindern und der Jugend, aber auch den Erwachsenen Freude und Erholung, und was noch wichtiger ist — Gesundheit — verschafft.

Die Frage der Räumung von Gärten wird auch in den nächsten Versammlungen der einzelnen Vereine zur Debatte stehen. Die Kleingärtner behalten sich auch das Recht vor, in Zukunft an die Öffentlichkeit zu treten, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Der Antwort des Oberbürgermeisters sehen die Kleingärtner mit Erwartung und Interesse entgegen, denn das Problem ist ernst, als man vielleicht anzunehmen glaubt und es ist zu hoffen, daß die Stadtverwaltung in einsichtsvoller Weise den berechtigten Wünschen der Kleingärtner Rechnung tragen wird. Schließlich handelt es sich hierbei ja immerhin um die Interessen von 48 000 Mannheimer Einwohnern.

# Polizei-Streiflichter

## Amerikanischer Lkw rammt Omnibus

Auf der Möhlstraße geriet ein amerikanischer Lkw, vermutlich durch starkes Bremsen, auf der vereisten Fahrbahn ins Schleudern und rampte einen in gleicher Fahrtrichtung parkenden Omnibus. Der Omnibus wurde beschädigt, zwei Fahrgäste leicht verletzt.

## Teuere Pelze — leicht erworben

Schon zum zweiten Male wurde in der Käfertaler Straße die Auslage eines Pelzgeschäftes geplündert. Die Diebe ließen dieses Mal drei Pelzmäntel mitgehen.

## Er war durchaus kein Kavaller

Auf der Jungbuschstraße verprügelte ein junger Mann ein 19-jähriges Mädchen, wodurch eine Menschenansammlung entstand. Seiner vorübergehenden Festnahme leistete er „tatkräftigen“ Widerstand.

## Neue Handelsspanne für Butter und Margarine

Preise für schwedische Butter Die Einfuhrpreisstelle Hamburg hat mit Festsetzungsbescheid Nr. Fe 3555/49 vom 17. 12. 1949 die Großhandelsspanne für aus Schweden eingeführte Butter auf 21.— DM je 100 kg, und die Kleinhandelsspanne auf 43.— DM je 100 kg festgesetzt. Die Butter ist bei der Preisauszeichnung ausdrücklich als „schwedische Importbutter“ zu bezeichnen.

## Preise für holländische und dänische Margarine

Die Einfuhrpreisstelle Hamburg hat mit Festsetzungsbescheid Nr. 3547/49 vom 17. 12. 1949 für die aus Holland und Dänemark eingeführte Margarine folgende Höchstpreise festgesetzt:

Bei Abgabe an den Einzelhandel 216.— DM je 100 kg;  
bei Abgabe an den Großverbraucher (mindestens 20 kg je Lieferung) 230.— DM je 100 kg;  
bei Abgabe an den Verbraucher 244.— DM je 100 kg.

Preise für dänische gesalzene Butter Durch die Einfuhrpreisstelle Hamburg wurde mit Festsetzungsbescheid 3449/49 vom 17. 12. 1949 für gesalzene Butter aus Dänemark ein Großhandelsabgabepreis von 549.— DM je 100 kg, ein Verbraucherhöchstpreis von 592.— DM je 100 kg festgesetzt. Die Butter ist in der Preisauszeichnung ausdrücklich als „Dänische Importbutter“ zu bezeichnen.

Zu widerhandlungen gegen die Preisbestimmungen werden nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes vom 26. 7. 49 (WIGBl. S. 193) bestraft.

## Achtung Wiedergutmachung

Der Öffentliche Anwalt für Wiedergutmachung beim Amtsgericht Mannheim teilt mit, daß die Anträge für Beitragsersatzung zur Angestellten- und Sozialversicherung für die Zeit der Haft und der anschließenden Erwerbslosigkeit bis zum 28. Februar eingereicht sein müssen.

Die Anmeldung über Verdienstaussfall, Vermögensschäden usw. der rassistisch, politisch und religiös Verfolgten muß bis zum 31. März 1950 getätigt sein. Der 31. März ist der letzte Termin. Im Interesse der einzelnen Wiedergutmachungsberechtigten ist es erwünscht, daß die Anträge bei den Öffentlichen Anwälten schon vor diesem Termin eingereicht werden, da eine Fristverlängerung nicht erfolgt.

# Arbeitgeber treibt Pfennigspalterei

Mannheim. — Ein Gastwirt benötige angeblich eines Tanzabends, der in seinem Lokal stattfinden sollte, eine kleine Kapelle. Er begab sich deswegen aufs Arbeitsamt, wo ihm R. als Schlagzeugspieler zugewiesen wurde. Trotzdem R. zunächst 4 DM pro Stunde forderte, wurden beide bald darauf handelseinig, die Gage wurde auf 3 DM festgesetzt und damit war der Vertrag abgeschlossen. Als jedoch R. zum festgesetzten Termin bei dem Gastwirt erschienen war hatte dieser sich mittlerweile eines anderen besonnen. Der schon im bejahrten Alter stehende R. schien ihm nicht mehr zuzusagen, denn, so meinte er vor dem Arbeitsrichter, mit dessen langem Bart und seinem ungepflegten Aeußeren hätte er ihn unmöglich seinen Kunden präsentieren können. Als weiteren Grund seiner Ablehnung gab er an, er hätte viel lieber einen Harmonikaspieler an Stelle eines Schlagzeugmusikers gehabt. Doch half ihm alles nichts. Vertrag bleibt Vertrag und wie der Verteidiger des Klägers plädierte, liege ein Engagement in dem Augenblick fest, in dem der Fachvermittler des Arbeitsamtes den betreffenden Musiker seinem Arbeitgeber zugewiesen habe.

Der Vorsitzende schlug einen Vergleich vor, wonach die geforderte Summe von 27 DM halbiert und an den Kläger ausgezahlt werden sollte.

Zehn Mark könne er eventuell noch geben, äußerte sich daraufhin der Beklagte, aber 13,50 DM, also die Hälfte der geforderten Summe seien entschieden zuviel. . . .

Der Gastwirt blieb felsenfest auf seinem Standpunkt, der wahrscheinlich in beschiedenen Verhältnissen lebende Musiker ebenfalls. Der Beklagte forderte die Vernehmung eines Sachverständigen vom Arbeitsamt und das Verfahren wurde auf einen späteren Termin vertagt.

Nur wegen 3,50 DM. . .

## Leider fehlten ihr die Unterlagen

Weder einen Arbeitsvertrag noch sonst ein Beschäftigungsverhältnis konnte die Klägerin S. nachweisen, die gegen H. mit der Beschuldigung auftrat, daß dieser ihr, trotzdem sie seit geraumer Zeit für dessen Arbeiter gekocht habe keinen Lohn gezahlt hätte. H. meinte, die Klägerin sei durch den eigenen Verbrauch der ihr zugewiesenen Lebensmittel vollauf „entschädigt“ worden. Da die Klägerin nicht in der Lage war, ihre Ansprüche durch die nötigen Unterlagen zu bekräftigen, kam lediglich ein Vergleich zustande. Der Arbeitgeber erklärte sich „großzügigerweise“ bereit, der Klägerin auf ein Vierteljahr ihre Miete (10 DM monatlich) zu erlassen.

## Versammlungen der NPD Mannheim

Neckarau, Freitag, den 3. Februar, 19,30 Uhr im Lokal „Engel“ Mitgliederversammlung. Referent: Fritz Salm  
Luzernberg, Freitag, den 3. Februar, 19,00 Uhr in der Luzernbergerschule. Funktionärsitzung.

## HOTEL RHEINBRÜCKEN

Mannheim, am Hauptbahnhof.  
Telefon 423 89, 426 85

Samstag, 4. 2. 50, 19.11:	Maskenball des MFC Phönix Mannheim
Samstag, 11. 2. 50, 19.11:	Maskenball des Kraftfahrervereins Mannheim
Samstag, 18. 2. 50, 19.11:	Maskenball des Männergesangsvereins Concordia
Sonntag, 19. 2. 50, 19.11:	Großer öffentlicher Maskenball
Rosenmontag, 20. 2. 50, 19.11:	1. Hausball
Fastnacht, 21. 2. 50, 19.11:	2. Hausball und Kehraus

Für Küche und Keller ist bestens gesorgt.  
Eintritt frei. Tischbestellungen rechtzeitig erbitten.

## Suchdienst: Rotes Kreuz

Wir suchen die Angehörigen eines Hans Lindner, 30 Jahre alt, Feldpost-Nr. 01962, Oberschirmmeister aus Mannheim.

Die Angehörigen eines Ernst Messmer, Obergefreiter, etwa 39 Jahre alt, die in Hockenheim wohnen sollen. Messmer soll früher in Singen Htw. gewohnt haben.

Wer kann Auskunft geben über die Familie Oberstudienrat Sehmendorf aus Stallupönen (Ostpreußen.)

### Großer Bunter Abend

In den Räumen d. TV. 1848, Stresemannstr., am 4. 2. 1950, 19.30 Uhr

Veranstalter:  
Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft und Polizeisportverein

Mitwirkende:  
Ein Ballett vom Nationaltheater, die Sängerin Fr. Sorre, Frau Knorzsch und Suppengrün u.a.m.

## KLEIN-ANZEIGEN

Worttarif: Fettes Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.  
Adresse oder Chiffre-Anschrift 1.— DM.

Ans unserem

## Sonderangebot:

Hausmacher Leberwurst	-35
weiß und rot . . . 100 g	
Schwarzenmagen	-35
weiß und rot . . . 100 g	
Kornbranntwein	4.90
32°/o . . . 1/4 Fl.	
Liköre 9 verschiedene	6.95
Sorten . . . 1/4 Fl.	

## LENSING

H 5, 1

Tragischer Kindertod durch Gas

Heidelberg. Ein schweres Schicksal ereilte vorgestern Abend die Familie Kling in der Uferstraße. Bei der Rückkehr in die Wohnung stellten die Eltern einen starken Gasgeruch fest und, nachdem die Tür eingeschlagen wurde, bot sich ihnen ein grausamer Anblick. Vor dem Gasherd lagen die siebenjährige Tochter Vera und deren gleichaltrige Freundin Marianne Schäfer.

Die sofortige Überführung in die Klinik erbrachte lediglich noch die Rettung der Marianne Schäfer, während das eigene Kind schon bei der Einlieferung in die Kinderklinik gestorben war.

Nach der Vernehmung der Marianne Schäfer spielte der Vorgang folgendermaßen ab: Vera sei in der Küche gewesen, während sie eine Zeilang in ein anderes Zimmer gegangen sei. Bei ihrer Rückkehr in die Küche habe sie Vera auf dem Boden liegen sehen, und da sie annahm, daß ihre Freundin krank sei, wäre sie bei ihr geblieben. Dadurch hat sie anscheinend weniger Gas eingeatmet als Vera und ist glücklicherweise noch mit dem Leben davongekommen.

Brennende Gasleitung

Heidelberg. Vorgestern Abend wurde unter dem Beleuchtungsmast vor der Hofapotheke eine in Brand geratene Gasleitung festgestellt. Die Polizei mußte die Stelle absperrn, da infolge der starken Rauchentwicklung Explosionsgefahr bestand. Beim Löschen des Feuers schlugen drei Stichflammen aus der unteren Öffnung des Mastes hervor. Der kleine Brand konnte schnell gelöscht werden.

Unterhaltsbeihilfe für Februar

Heidelberg. Das Amt für Sozialhilfe teilt mit, daß infolge Verzögerung der Zuweisung der erforderlichen Geldbeträge die für Februar zustehenden Unterhaltsbeihilfen ausnahmsweise erst am 3. oder 4. Februar ausgezahlt werden.

Ortskrankenkasse wieder in der Gartenstraße

Karlsruhe. Im Rahmen einer kurzen Feier wurde gestern die wiedererrichtete Schalterhalle im Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse in der Gartenstr. 14-16, das bei einem Fliegerangriff am 4. Dezember 1944 zerstört worden war, nach insgesamt vierjähriger Aufbauarbeit, dem Publikumsverkehr übergeben. Sechs Jahre lang mußten etwa 95000 Versicherungsmitglieder in primitivsten und unhygienischen Verhältnissen betret werden.

200jähriger Baum wird langsam altersschwach

Heidelberg. Die historische Robinie an der Handschuhheimer St.-Vitus-Kirche wird durch das Stadt. Gartenamt jetzt einer notwendigen Operation unterworfen, da es sich herausgestellt hat, daß im Innern dieses etwa 200jährigen Baumes ein mannshoher Hohlraum klafft, der die Standfestigkeit des Baumes sehr gefährdet.

Die vordere erkrankte Seite muß entfernt werden, und sie wird lediglich dann durch zwei Stahltrösse aufrechterhalten. Das Gartenamt hofft, den Baum, der seit langem unter Naturschutz steht, wenigstens teilweise retten zu können.

Uhrenschieber festgenommen

Pforzheim (Lwb). Auf Veranlassung der Karlsruher Zollfahndungsstelle wurde in Pforzheim ein Schweizer Uhrenhändler festgenommen. Der Händler hatte seit längerer Zeit „schwarze Uhren“ vertrieben. Bei seiner Verhaftung trug er mehrere Tausend Schweizer Franken bei sich. Die Zollfahndungsbehörden vermuten, daß der Festgenommene seinen Uhrenhandel unter Umgehung der Zoll- und Steuerabgaben schon seit geraumer Zeit betrieben hat.

JACQUES ROUMAIN



VERLAG VOLK UND WELT BERLIN

27. Fortsetzung

Das Grab ist im Schatten eines Campechebaumes ausgehoben; ein Taubenpaar erhebt sich mit erschrockenem Flügelschlag und verliert sich über den Feldern im Glanz des Mittags.

„Laßt ihn sanft nieder“, sagt Laurelien. Der Sarg gleitet hinab und ruht auf dem Grund der Grube.

„Armer Teufel“, sagt Antoine. „Er ist in seiner besten Jugend gestorben, und er war ein guter Mann, der Manuel.“

Laurelien und Fleurimond ergreifen die Schaufeln. Ein Stein trifft klingend den Sarg. Das Grab füllt sich mit Erde. Der Sarg verschwindet. Ersticktes Schluchzen ist zu hören und der dumpfe Klang der dünnen Erdschollen.

Eine Frauenstimme jammert: „Lieber Gott, gib uns Mut und Trost und Kraft zur Ergebung in deinen Willen.“

Manuel war nicht für die Ergebung, denkt Laurelien. Das Bekreuzigen, das Niederknien und das Lieber-Gott-Sagen, das könne um alles nichts nützen, — der Neger ist zum Widerstand geschaffen. Und nun bist du tot, Meister, tot und begraben. Aber deine Worte werden wir niemals vergessen, und wenn uns eines Tages auf dem harten Lebensweg die Müdigkeit in Versuchung führen will mit: was hilft das alles, und es lohnt nicht die Mühe, dann werden wir deine Stimme hören und werden wieder Mut fassen.

Laurelien wischt sich mit der Hand den Schweiß vom Gesicht: er stützt sich mit beiden Händen auf die Schaufel: das Grab ist gefüllt.

„So ist es zu Ende“, sagt Antoine. „Ruhe anft. Bruder Manuel, von Ewigkeit zu Ewigkeit.“

„... zu Ewigkeit“, antworten die anderen. Der Kreis der Bauern löst sich auf. Sie

Weil wir den Frieden lieben

Darum brauchen wir den Haß gegen den Krieg

Willi Bohn sprach auf der Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Feier in Heidelberg

Heidelberg. Wenn fortschrittliche Menschen in allen Ländern der Erde in den Januar- oder Februar-Tagen jeden Jahres zusammenkommen, um in einer feierlichen Stunde der drei großen Vorkämpfer des Friedens zu gedenken, dann tun sie das nicht deshalb, weil der Form Genüge getan werden soll, sondern um den Menschen der Jetztzeit am Beispiel dieser drei proletarischen Vorkämpfer den Weg unseres gegenwärtigen Kampfes für den Frieden, die Einheit Deutschlands und den Fortschritt der Menschheit zu zeigen.

Der Mahnruf Liebkechts, den Frieden und die Freiheit der Völker als eine verpflichtende Aufgabe der Menschheit gegen die Kriegsabsichten der Imperialisten zu verteidigen, war Mittelpunkt der vorgestern stattgefundenen Feierstunde der Heidelberger Kreisorganisation der KPD.

Willi Bohn, der vor kurzem mit einer Delegation der Stadt Stuttgart die Deutsche Demokratische Republik besuchte, zeigte den Zuhörern, wie dort die Mahnungen Liebkechts in der praktischen Arbeit aller Organisationen und verantwortlichen Stellen verwirklicht werden. Das Wort „Krieg“ sei nicht zu hören, doch — gleich, wo man sich bewege — überall leuchte das Wort „Frieden“ von Plakaten und Transparenten auf den Straßen und in öffentlichen Gebäuden.

So entschlossen wie diese drei proletarischen Führer, ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben oder ihre Gesundheit, für den Frieden kämpften, müsse das deutsche Volk heute für diese hohe Aufgabe täglich bereit sein. Am Beispiel der französischen Kommunisten, die jetzt in Zusammenarbeit mit holländischen und schwedischen Hafnarbeitern die Verladung von Kriegsmaterial nach Indochina verhindern, könne die Menschheit erkennen, welche

Rund um den Turmberg

Karlsruhe. Der neugegründete Karlsruher Motorfahrverein veranstaltete am Sonntag, den 12. Februar 1950, eine Winterprüfungsfahrt für Motorräder und Personenkraftwagen. Zugelassen sind alle Inhaber von Führerscheinen, deren Fahrzeuge den polizeilichen Bestimmungen entsprechen. Die Konkurrenz wird auf einer etwa 7 km langen Rundstrecke zur Austragung gelangen, die, je nach der Fahrzeugklasse, 4 bis 6mal mit genau vorgeschriebener Geschwindigkeit zu durchfahren ist. Uebersteigerung des Solltempo wird genau wie die Unterschreitung mit Strafpunkten bewertet.

Wie verlautet, soll bei entsprechender Beteiligung eine besondere Damenwertung vorgenommen werden.

Nähere Auskunft über die Teilnahmebedingungen erstattet die Geschäftsstelle des KMV, Karlsruhe, Kaiserallee 143, Tel. 8484.

Leiter der Veranstaltung ist der bekannte Karlsruher Motorradrennfahrer Kurt Nitschky.

Badisches Staatstheater

Karlsruhe. Generalmusikdirektor Heinrich Hollreiser von den Städtischen Bühnen Düsseldorf dirigiert das fünfte Symphoniekonzert der Badischen Staatskapelle in einem Vorkonzert am Sonntag, den 5. Februar, 11.15 Uhr, und das Hauptkonzert am Montag, den 6. Februar, 19.30 Uhr.

Als Erstaufführung kommt „Amor und Psyche“, eine Ouvertüre zu einem Ballett von Paul Hindemith zum Vortrag; es folgen von Mozart: Symphonie in C-dur (Jupiter-Symphonie), und von Brahms: 2. Symphonie op. 73 D-dur.

wirksame Mittel es gäbe, den Kriegstreibern ihre Pläne zu durchkreuzen.

Willi Bohn wandte sich besonders an die Frauen und Mädchen und wies sie auf ihre große Macht, die sie heute darstellen, hin. „In allen Lebenszweigen sind heute Frauen und Mädchen beschäftigt. Wenn ihre Arbeit ruht, ist dann das Leben überhaupt noch möglich?“ — so fragte er und erinnerte an das Heulen der Sirenen, das Brummen der Geschwader, das Krachen der Bomben und den brennenden Phosphor auf den Straßen und Häuserdächern, an jene Stunden, die leider schon viele wieder vergessen haben.

„Wer den Frieden liebt, wer seine Angehörigen liebt, wer seine Kinder liebt, der muß

Nein sagen zu den Bestrebungen, die heute schon wieder im Gange sind und die bezwecken sollen, daß eines Tages die deutsche Jugend wieder die Kommißstiefel anzieht. Um dies zu verhindern, brauchen wir den Haß gegen den Krieg, der bewußt und immerfort in das deutsche Volk hineingetragen werden muß.“

Darum sei es notwendig, daß die Gedanken und das Leben Liebkechts, Luxemburgs und Lenins den schaffenden Menschen bekannt werden. Daraus zu lernen sei eine menschliche Verpflichtung. Nur wenn wir ihrem Beispiel folgten und wie sie furchtlos für den Frieden eintreten, sei auch dem deutschen Volk ein besserer Weg und eine glücklichere Zukunft beschieden.

Rückblick auf ein arbeitsreiches Jahr

Aus der Tätigkeit des Kreisjugendausschusses Heidelberg

Angesichts des niedrigen städtischen Zuschusses von rund 14000 DM für die Jugendarbeit muß man dem Kreisjugendausschuß für seine im letzten Jahr geleistete Arbeit, die fast ausschließlich ehrenamtlich ausgeübt wird, Anerkennung aussprechen. Man muß aber auch den Beschluß, der auf der Generalversammlung des Kreisjugendausschusses gefaßt wurde, die Stadtverwaltung aufzufordern, den Zuschuß auf 50000 DM zu erhöhen, voll zustimmen. Gerade für die Arbeit der Jugend sollte man mit dem Geld nicht geizen, denn hier ist viel wiedergutzumachen angesichts der Situation und geistig-seelischen Verfassung unserer Jugend in Westdeutschland.

In dem Bericht über die Tätigkeit des Jugendausschusses wurde festgestellt, daß es „durch Mangel an Lehrstellen, durch Arbeitslosigkeit der Eltern und Jugendlichen, durch niedrige Verdienstmöglichkeiten und durch schlechte Wohnverhältnisse“ immer noch große Not unter der Jugend gebe. Bei den im letzten Jahr zur Schulentlassung gekommenen Jugendlichen ist eine große Zahl von Jungens und Mädels, die immer noch ohne jegliche Lehrstelle oder Aussicht auf eine solche sind.

Als Erfolge der Arbeit wurde herausgestellt: die Wiedereröffnung der Jugendherberge in Heidelberg, die in der Zeit von April bis Dezember 1949 10160 Jugendliche und 1369 Erwachsene aufnahm, die Ausstellung „Schaffende Jugend“, „Das Kinder- und Jugendbuch“, kulturelle Veranstaltungen wie Opern-, Schauspiel-, Konzert- und Filmbesuche mit insgesamt 6745 Teilnehmern. Darüber hinaus wurden Kurse für Säuglings- und Kleinkindpflege, Schachkursus, vogelkundliche Wanderung und ein Jugendleiterkurs abgehalten.

In den Sitzungen des Kreisjugendausschusses wurden im letzten Jahr acht Vorträge gehalten, wobei das Thema „Gegen Remilitarisierung und Söldnerarmee“ besonders herausgegriffen sei. In der Sommerarbeit standen selbstverständliche Zeltlager und Wanderungen im Mittelpunkt der Jugendbetreuung. Von den zurzeit in Heidelberg bestehenden 13 Jugendgruppen mit rund 6500 Mitgliedern waren rund 6300 in Zeltlagern oder führten Wanderfahrten durch.

In abschließender Betrachtung über kommende Aufgaben des neuen Jahres wird im Hinblick auf die Gesunderhaltung der Jugend die Forderung auf Freigabe des Städt. Hallenbades und des Thermalbades durch die amerikanische Besatzungsmacht an mehreren Tagen in der Woche gestellt.

Der Kreisjugendausschuß begrüßt das Vorhaben der Stadtverwaltung, die Volksschulen räumlich zu erweitern, denn gerade hier sind Zustände vorhanden, die die schulische Ausbildung unserer Jugend aufs schwerste gefährden. Man hofft, mit der Stadtverwaltung über den Bau neuer Sportplätze und eines Freischwimmbades ins Reine zu kommen. Theatervorstellungen und Symphoniekonzerte für die Jugend sollen weiter wie bisher veranstaltet werden.

Abschließend wurden die Jugendgruppen aufgefordert, mehr als bisher in der sozialen Hilfe und in der kulturellen Bildung der Jugendlichen ihre Hauptaufgaben zu sehen.

Aus dem kulturellen Leben

„Napoleon in New Orleans“

Deutsche Uraufführung im Bad. Staatstheater

Karlsruhe. Zur Zeit, da Napoleon als Gefangener auf Sankt Helena in Europa „ad acta“ gelegt worden war, berauschte sich der Edle Dergan an kriegerischen Idolen der Imperatoren. Gauner spiegeln ihm die Entführung des Kaisers vor und nisten sich bei ihm als Marschälle unter der Führung eines falschen Bonaparte ein. Die fieberhaften Bemühungen des Besessenen, von Amerika aus einen neuen napoleonischen Siegeszug auf Europa loszulassen, bringen ihn schließlich um sein ganzes Vermögen. Nachdem die triumphierenden Spitzbuben dem Ausgeplünderten die Augen geöffnet haben, sieht dieser ungläubhaft plötzlich ein, daß sein kriegslüsterndes Streben verderblich war und weht sich und sein Haus symbolisch den Flammen vor, denen die Welt — nicht durch seine Schuld — bewahrt geblieben ist.

Das Motiv des Schauspiels: „Es wird das Werkzeug mehr gelten, als die Waffe“, ist in seiner kompromißlosen Brandmarkung des „Don Quijote des modernen Krieges“ außerordentlich zeitgemäß. Trotzdem können wir unsere Intendanz weder zur Wahl noch zur Bühnenbearbeitung beglückwünschen. Die burlesken Charaktere der Gauner passen nicht zu der tragischen Hauptfigur des Napoleon-Anbeters. Und da diesem die würdigen Gegenspieler fehlen, bleibt die beabsichtigte Wirkung — nämlich die Verächtlichmachung der blinden Kriegsverehrer — aus.

Die Figur des Baron Dergan ist zu sympathisch gezeichnet, so daß er paradoxerweise nur das Mitgefühl anspricht, das seine Absichten niemals verdienen. Diese Nuance

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Betriebsgruppen Gritzner-Sebold am Freitag, den 3. 2. 1950, um 16.30 Uhr, im „Tannhäuser“ Mitgliederversammlung. Referent: L. Hofmann.

Kleinsteinbach. Am Samstag, den 4. 2. 1950, um 19.30 Uhr, im Rathaussaal Mitgliederversammlung.

Söllingen. Am Samstag, den 4. 2. 1950, um 19.30 Uhr, im „Grünen Baum“ Mitgliederversammlung. Referent: W. Wasserthal.

Grötzingen. Am Samstag, den 4. 2. 1950, um 20 Uhr, im Kaffee Musselfmann Mitgliederversammlung. Referent: E. Weingärtner.

Malsch. Am Sonntag, den 5. 2. 1950, um 9 Uhr vormittags, im „Adler“ Mitgliederversammlung. Referent: A. Betz.

Bei allen Mitgliederversammlungen steht das Thema: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes.

Kreis-Kommunal-Konferenz. Am Sonntag, den 5. 2. 1950, vorm. 9 Uhr, in der „Laterne“, Gartenstr. 59. Referent: B. Riedinger.

Wülm. Sonntag, 5. 2. 50, 19 Uhr, bei Genosse Gengenbach Mitgliederversammlung. Thema: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes.

Scharlach-Diphtherie-Schutzimpfung Heidelberg. In der Woche vom 6. 2. 1950 bis 11. 2. 1950 finden durch das Staatl. Gesundheitsamt folgende Impfungen statt:

Altstadt, Mittelstadt und Schlierbach im Kindergarten, Kanzeigasse 1, von 8-12 Uhr. Am Montag, den 6. 2. 50, Geburtsjahr 1943 und 1944; Dienstag, den 7. 2. 50, Geburtsjahr 1945 und 1946; Mittwoch, den 8. 2. 50, Geburtsjahr 1947; Donnerstag, den 9. 2. 50, Geburtsjahr 1948.

Neuenheim (Münchhofschule) von 8 bis 12 Uhr: Freitag, den 10. 2. 50, Geburtsjahr 1943 bis 1945, Samstag, den 11. 2. 50, Geburtsjahr 1946 bis 1948.

dürfte zu unserem Bedauern von der Karlsruher Regie noch besonders betont worden sein. Auch ist es eine mehr als zweifelhafte Methode, das Prinzip der Kriegsgenossenschaft durch Betrüger vertreten zu lassen. Die Inszenierung hat diesen Mangel des Verfassers, G. Kaiser, durch widerlich kraß aufgemachte Szenen nach Möglichkeit unterstrichen, so daß die Tendenz nur noch mehr verwischt wurde.

Auch einem großen Dichter, wie Georg Kaiser, kann einmal etwas daneben geraten. Und fast glaubt man, er wußte es selbst bei diesem Stück. Sonst hätte er es kaum so krampfhaft bei passenden und unpassenden Gelegenheiten mit Sentenzen gespickt, die zwar anfangs pflichtgetreu beklatscht wurden, aber durch den dickflüssigen Ablauf der Handlung in der allgemeinen Langeweile untergingen.

Es ist bitter, daß so viele ausgeschliffene schauspielerische Leistungen infolge der genannten Mängel nicht zur verdienten Geltung kommen konnten. Das Ensemble hat nun wieder einmal bewiesen, wieviel wir von ihm erwarten könnten, wenn nur die Intendanz über mehr Urteilskraft und Geschmack verfügen würde.

Erfolgreiche Schwarzwildbekämpfung

Buchen (lwb). Seit Mai 1948 wurden im Landkreis Buchen 438 Stück Schwarzwild erlegt. In diesem Monat waren dem Forstpersonal des Kreises 20 Gewehre zur Wildschweinbekämpfung zugeteilt worden. In den Jahren vor dem Krieg betrug der jährliche Schwarzwildabschuß durchschnittlich etwa 50 bis 70 Stück.

gehen zum Hause zurück, um Delira und Bienalme „Auf Wiedersehen“ zu sagen; und dann — man hat in der großen Hitze Durst bekommen, jetzt etwas zu sich zu nehmen könnte einem gut tun, etwa ein letztes Glas Clairin, nicht wahr, Nachbar?

Aber Laurelien ist geblieben. Er errichtet einen Erdhügel über dem Grab. Er umgibt ihn mit großen Steinen. Wenn er einmal genug Geld dazu hätte, wollte er ein Grabmal aus Ziegeln bauen, mit einer Nische für Totenkerzen, und in eine feuchte Zementplatte würde Antoine, denn er konnte das, mit unbeholfener und mühseliger Schrift einritzten:

HIER RUHT MANUEL JEAN JOSEF XIV

Noch am gleichen Abend nach der Begräbnisfeier ist Delira zu Larivoire gegangen. Sie klopft an die Tür.

„Wer ist da?“ hat Larivoire gefragt. Er hatte sich schon schlafen gelegt.

„Ich bins, Delira.“ Larivoire hat nur schnell die Lampe angezündet und die Tür geöffnet.

„Dein Besuch ehrt mich, Base“, hat er gesagt. „Bitte, tritt ein.“

Delira hat sich gesetzt. Sie hat die Falten ihres Trauerkleides um sich ausgebreitet. Sie sitzt aufrecht da und ist sehr ernst.

„Du hast mich erwartet, Larivoire?“ „Ich habe dich erwartet.“

Es ist Schweigen zwischen ihnen.

„Gervilien“, sagt Larivoire, ohne sie anzusehen.

„Ich weiß“, antwortet Delira. „Aber niemand darf es wissen. Ich meine, Hilarion und die Behörden.“

„Er hat es nicht gewollt?“ „Nein. Nein, hat er gesagt, und er schlug sich im Todeskampf damit herum. Das Wasser muß getretet werden, sagte er immer wieder. Er hielt meine Hand fest.“

Larivoire schraubt den Docht der Lampe hoch.

„Er war am Unglücksabend selbst hergekommen. Er stand unter dem Laubdach mitten unter den Bauern. Er sprach; ich sah ihn an, ich hörte ihm zu. Ich verstehe mich auf Menschen — er war einer aus gutem Holz.“

„Er ist tot“, sagt Delira. „Du hast großen Kummer zu tragen, meine liebe Base.“

„Mein Schmerz ist groß“, sagt Delira.

Larivoire kratzt sich am Kinn, zupft an seinen Barthaaren.

„Hat er dir eine Mission anvertraut?“ „Ja, das ist es, weshalb ich hier bin. Hole deine Leute her, Larivoire.“

„Es ist spät“, sagt er.

„Meine Worte brauchen die Nacht. Geh deine Leute holen.“

Larivoire erhebt sich, er macht einige unentschlossene Schritte durch das Zimmer.

„Hat der selige Manuel es dir aufgetragen, mit ihnen zu reden?“

„Ja, das hat er, aber ich selber will auch — ich habe meine Gründe.“

Larivoire nimmt seinen Hut.

„Den Willen der Toten muß man ehren“, sagte er.

Er öffnet halb die Tür: „Du wirst nicht lange auf mich zu warten brauchen. Ich gehe bei meinem Sohn Similien vorbei. Er wird die einen auffordern und ich die anderen. Wenn die Lampe schlecht brennt, schraube sie höher. Es ist keine schlechte Lampe, aber der Brennstoff, den Florentine verkauft, taugt nichts.“

Delira blieb allein, sie neigte den Kopf auf die Brust und faltete die Hände. Das Licht flackerte, das Zimmer belebte sich mit Schatten. Sie schloß die Augen. Ich bin aufgebraucht, die alte Delira ist aufgebraucht, sie kann nicht mehr, Freunde.

Die Müdigkeit zog sie wie ein schwankendes Schiff langsam und unwillkürlich bis an die Grenze der Bewußtlosigkeit. Aber der Gedanke an Manuel hielt sie aufrecht. Ich muß zu den Bauern sprechen. Danach werde ich schlafen gehen. Schlafen, auch schlafen, und wenn der Tag heraufkäme ohne mich, dann wäre das, um die wahrhaftige Wahrheit zu sagen, ein Tag des Erbarmens.

„... Hast du die ganze Zeit im Dunkeln gesessen?“ rief Larivoire aus.

Die Lampe war ausgegangen. Er tastete im Finstern herum und fand endlich die Zündhölzer.

„Sie sind draußen“, sagte er.

„Bringe die Lampe her. Ich will ihre Gesichter sehen.“

Das Zimmer erhellte sich: der Tisch, eine Karaffe auf dem Eichenbüfett, die zusammengeklappte Matte in einem Winkel und an den gekalkten Wänden die Heiligenbilder und ein alter Kalender.

„Laß sie herinkommen“, sagte Delira. Die Bauern schoben sich ins Haus. Eine

sonderbare Schüchternheit ist in ihnen, sie linksich und behindert in ihren Bewegungen, und Nerestan weiß nicht, wo er mit seinem großen Körper hin soll, wo sie doch so eng aneinandergepreßt stehen in dem kleinen Zimmer.

Delira erhob sich in ihrem langen Trauerkleid.

„Schließ die Tür“, sagte sie.

Louise schloß die Tür.

Delira erfaßte sie langsam mit dem Blick. Sie schien sie einzeln abzuschätzen, und wer von ihren ersten, traurigen Augen angesehen wurde, der senkte den Kopf.

„Ich sehe nicht Gervilien. Ich sage, daß ich nicht Gervilien Gervilien sehe. Wo ist Gervilien?“

In dem Schweigen hörte man deutlich die schweren Atemzüge der Bauern.

„Ich frage, weil ich Gervilien die Worte meines Sohnes wiederholen wollte. Hört zu, was mein Sohn Manuel gesagt hat: Ihr habt den Loa geopfert, ihr habt ihnen Hähne und Zickel dargeboten, damit es regnen sollte, und es hat nichts genützt. Denn das einzige, das, was wirklich angeht, ist das Menschenopfer, ist das Blut des Negers.“

„Das sind erhabene Worte“, sagte Larivoire und nicht würdig mit dem Kopf.

„Und er hat mir noch gesagt: Geh zu Larivoire. Sag ihm den Willen des Blutes, das heute geflossen ist: Versöhnung — Versöhnung, er hat es zweimal gesagt, damit das Leben wiedererstanden kann, damit der Tag sich erhebe über dem Tau... Und ich wollte Hilarion alles melden, aber er hielt mich an der Hand fest. Nein, nein“, sagte er und schwarzes Blut lief ihm aus dem Mund, das Wasser — wir müssen das Wasser retten.“

„Delira“, sagte Larivoire mit heiserer Stimme und wischte sich die Augen mit der geschlossenen Faust. „Es sind nun siebenundsiebzig Jahre, daß kein Wasser aus meinen Augen geflossen ist, aber ich sage dir, und das ist die Wahrheit, die reine Wahrheit, dein Sohn war ein Vorbild für jeden Neger, ein Bauer bis in die Wurzel seiner Seele, es wird nicht sobald seinesgleichen gefunden werden.“

„Mutter“, sagte Nerestan, und seine Stimme war sonderbar weich, „du hast große Schmerzen gelitten, Mutter.“

„Ja, mein Sohn“, antwortete Delira, „und ich danke dir für dein Mitgefühl, aber ich bin nicht hergekommen, um euch von meinem Kummer zu erzählen, ich bin gekommen, um euch den letzten Willen meines Sohnes zu überbringen. Er hat zu mir gesprochen, aber was er mir sagte, war an euch alle gerichtet: Singt mein Totenamt mit dem Gesang der Arbeitsgemeinschaft.“

Wenn jemand gestorben ist, verlangt die Sitte, daß man Lieder für die Toten singt, aber Manuel wählte ein Lied für die Lebenden: den Gesang der Arbeit, den Gesang der Erde, des Wassers, der Gewächse, der Freundschaft zwischen den Bauern, weil er wollte, das verstehe ich jetzt, daß sein Tod für euch der Anfang des Lebens sei.“

Bauern sind hart und rau. Das Leben hat ihre Herzen gegerbt, aber sie sind nur für die oberflächliche Betrachtung eng und grobschlächtig; wenn man sie kennt, weiß man, daß sie ein feines Gefühl für das haben, was nötig dazu ist, daß ein Mensch das Recht hat, sich Mensch zu nennen: Güte, Tapferkeit und männliche Kameradschaft.

Und Larivoire sprach für sie alle, als er auf Delira zuschritt und die ihr vor Erschütterung zitternde Hand hinstreckte.

„Nimm diese Hand, Delira, und mit ihr unser Versprechen und unser Ehrenwort.“

Er wandte sich zu den Bauern um.

„Ist's nicht so?“ „Ja“, antworteten sie.

„Friede und Versöhnung?“ Und Nerestan trat vor: „Mutter, ich werde selber den Graben in deinem Garten ausheben.“

„Ich werde für dich pflanzen, Delira“, sagt Josaphat.

„Zähl' auch auf mich“, sagt Louise.

„Und ich werde Unkraut jäten, sobald es an der Zeit ist“, sagt Similien.

„Ich werde immer da sein“, sagt Gille.

„Wir werden alle da sein“, sagen die anderen.

Ueber Deliras Gesicht ging ein weicher Schimmer: „Ich danke euch, Freunde, für diesen Trost. Mein Junge hört euch in seinem Grab. Nun ist es so, wie er es gewollt hat: die Familie der Bauern wohnt einträchtig beisammen. Mein Amt ist beendet.“